

BUND Regionalbüro Südliche Pfalz
Herrn Ulrich Mohr
Kirchstr.45

76829 Landau

Landratswahl an der Südlichen Weinstraße

Sehr geehrter Herr Mohr,
sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des BUND,

ich danke Ihnen für Ihre Anfrage und Ihr Interesse an den umweltpolitischen Zielen und Grundhaltungen meiner Person im Amt des Landrates, ebenso wie Ihr Interesse an meiner Position zu verschiedenen aktuellen Fragestellungen in unserem Landkreis.

Vorweg darf ich Ihnen mitteilen und versichern, dass der Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen - ob im Klimaschutz, im Landschaftsschutz oder auch bei Infrastrukturmaßnahmen – bei mir seit vielen Jahren einen besonderen Stellenwert haben. Ich denke dies ist durch meine über 20-jährige kommunalpolitische Arbeit in allen meinen bisherigen Funktionen dokumentiert. Ich nenne beispielhaft meine Positionierung in der B10-Mediation, in der Frage der Ansiedlung der Energieagentur RLP in der Südpfalz, unser Klimaschutzkonzept in der Verbandsgemeinde Landau-Land, das jetzt in die Umsetzung geht, oder unsere großen Bemühungen um den Ausbau der regenerativen Energien. Hier ist unsere aktuell in Planung befindliche Klärschlammfaulanlage in Billigheim zu nennen, mit einem Investitionsvolumen von 4 Mio Euro und dem Ziel die Hälfte des Energieverbrauchs der Anlage durch Eigenproduktion abzudecken.

Als Kommunalpolitiker, aber auch als Vater zweier Töchter, ist Umwelt- und Naturschutz ein Grundpfeiler meines politischen Handelns, weil ich die Verantwortung vor den nachfolgenden Generationen als große Aufgabe und Verpflichtung verstehe. In diesem Sinne mögen Sie auch meine Ausführungen zu Ihren konkreten Fragestellungen verstehen.

Wie wollen Sie den ungebremsten Flächen- und Landschaftsverbrauch stoppen?

Der "Einheitliche Regionalplan Rhein-Neckar 2020" ist die gültige, wesentliche und sinnvolle Richtlinie für eine verantwortungsbewußte Politik auf der regionalen und kommunalen Ebene. Er ist ein wesentliches Instrument, den Flächen- und Landschaftsverbrauch nicht weiter ungesteuert und ungebremst fortschreiten zu lassen. Als Mitglied der Verbandsversammlung "Verband Region Rhein-Neckar", habe ich in den vorbereitenden Gremien diesen Regionalplan mit diskutiert und letztlich mit verabschiedet und fühle mich selbstverständlich dessen Inhalt verpflichtet.

An der "Südlichen Weinstrasse" wird seit Jahren im Rahmen der Möglichkeiten eine restriktive Siedlungspolitik betrieben. Dieses ist auch im Unterschied der Bebauung des Haardtrandes südlich und nördlich von Neustadt zu erkennen. Bei uns gibt es kein "lückenloses Siedlungsband" und solches muß nach meiner Überzeugung auch in der Zukunft verhindert werden. Ich bin dem Grundsatz "Innenentwicklung vor Außenerweiterung" verpflichtet und habe dies auch bei der letzten Fortschreibung des FNP in Landau-Land mit den Gemeinden so niedergelegt.

Unsere Dörfer brauchen auch Entwicklungsmöglichkeiten, um den jungen Familien den Verbleib in ihren Heimatorten zu ermöglichen. Dafür können wir Sanierung und Restaurierung im Ortskern und innerhalb der Orte attraktiver machen, auch wenn es mühsamer ist wegen der dafür notwendigen, oft komplizierten Bauleitplanung. Auch die Arrondierung von Baugebieten an den Ortsrändern in bemessenem Umfang ist eine Möglichkeit, die bewusst und reduziert angewendet werden kann.

Unser Bundesbaugesetz gibt die Möglichkeit, für so genannte "privilegierte" Vorhaben zum Beispiel der Landwirtschaft und des Weinbaus unter bestimmten Voraussetzungen Bauen im Außenbereich zuzulassen. Hier bedarf es immer intensiver Diskussionen und einer genauen Abwägung der Interessen. Und darf Ihnen sagen, nicht alles was da in den letzten Jahren entstanden ist, gefällt mir.

Die Entwicklung im Weinbau, der für unsere Region so wesentlich und wichtig ist, zeigt, dass erfolgreiche Winzerbetriebe an den herkömmlichen Standorten in den Altortbereichen keine Modernisierungs- und Erweiterungsmöglichkeiten haben. Der Strukturwandel in der Wein- und Landwirtschaft hat eine enorme Dynamik bekommen. Deshalb ist es wichtig, den erfolgreichen Betrieben und der jungen Generation Perspektiven zu ermöglichen. Das kann bedeuten, dass Aussiedlungen notwendig werden. Diese vernünftig und im Sinne des

Landschaftsschutzes zu steuern, ist eine schwere, wichtige und verantwortungsvolle Aufgabe, der ich mich mit meiner kommunalen Erfahrung stelle.

Selbstverständlich ist: "Schwarzbauten" liegen außerhalb der Gesetzmäßigkeit; bei Ermittlung und Sanktion gilt gleiches Recht ohne Ansehen der Person.

Sie sprechen auch das "Fachmarktzentrum" in Rohrbach an. Hier positioniere ich mich eindeutig: Der Bebauungsplan aus den 70er Jahren ließ einen großflächigen Einzelhandel (zuletzt REAL) entstehen. Durch die Schließung des REAL-Marktes haben 80 Frauen ihren Arbeitsplatz verloren, die Gemeinde Rohrbach ein wesentliches Standbein ihrer geschäftlichen und wirtschaftlichen Infrastruktur. Auf der baurechtlichen Grundlage, im Interesse der Gemeinde, der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeitsplätze und der Region spreche ich mich für die Revitalisierung dieser Gewerbefläche für großflächigen Einzelhandel - wie er jahrzehntelang Bestand hatte ! - aus. Die Alternative wäre gewesen, dort auf wiederum Jahrzehnte hin eine gewerbliche Brache entstehen und liegen zu lassen, womit niemanden gedient wäre.

Unbestritten ist, dass aufgrund der heutigen Landes- und Regionalplanung ein solches Vorhaben nicht mehr entstehen könnte. Aber in diesem Fall spreche ich mich für eine Abwägung hin zum Bestandsschutz aus.

Was ist Ihr Einsatz zum Schutz der Bevölkerung vor Mautflucht und Transitverkehr entlang der B 10 und weiter Richtung Osten über die B 272? Ergreifen Sie die Initiative?

Ich habe 2012/2013 an der Mediation B 10 teilgenommen und kenne die Diskussion sehr gut. Vorweg erlaube ich mir den Hinweis: durch meine Intervention als Verbandsbürgermeister von Landau-Land, die wesentlich vom Ausbau der B 10 betroffen ist, und mit Unterstützung der Ortsbürgermeister von Birkweiler, Siebeldingen und Albersweiler – auch des BUND - ist es gelungen, eine absurde Planung für fiktive Lärmschutzanlagen und eine höchst fragliche Tunnellösung zu verhindern. Dass nun durch Entscheidungen von Bund und Land der Ausbau der vierspurigen B 10 doch zu erwarten ist, ist bedauerlich aber außerhalb meiner Einflußsphäre.

In der Frage eines Verbots des Schwerlastverkehrs auf der B 10 bin ich ganz in Übereinstimmung mit Landrätin Theresia Riedmaier. Es gibt gute Gründe, auf bestehender rechtlicher Basis ein solches Schwerlastverkehr-Verbot zu erlassen, denn die engen, kurvigen Tunnel sind - wie wir alle wissen - äußerst gefährlich für diese großen schwer beladenen Fahrzeuge. Hinzu kommt, daß wir es auf dieser Strecke häufig auch mit Gefahrstofftransporten zu tun haben, die eine besondere Gefährdung für Mensch und Umwelt darstellen,

sollte es zu Unfällen kommen. Ich werde die bisherigen Initiativen übernehmen und fortsetzen.

Wie wollen Sie mit Ihren Möglichkeiten dazu beitragen, dass unser Landkreis in angemessenem Umfang seine Pflichten aus dem Pariser Klimaabkommen erfüllt?

Wie bereits zum Eingang erwähnt, ist mir Klimaschutz und eine Politik der Nachhaltigkeit schon lange ein persönliches Anliegen. In meinem früheren beruflichen Kontext habe ich konkrete Projekte der Energiewende umgesetzt; als Bürgermeister der Verbandsgemeinde Landau-Land war es eine meiner ersten großen Vorhaben, im Bürgerdialog und mit professioneller Unterstützung ein Klimaschutzkonzept zu erarbeiten und Vorbereitungen für dessen Umsetzung einzuleiten. Wesentlich dafür ist unter anderem die Schaffung der Stelle eines Klimaschutzmanagers, die ausgeschrieben ist und in Kürze besetzt wird. Damit sind wir die ersten im Landkreis. Meiner Maxime, dem Klimaschutz einen hohen Stellenwert zu geben und im Alltag danach zu handeln, werde ich selbstverständlich auch als Landrat der Südlichen Weinstrasse - dann in einem größeren Verantwortungsrahmen - folgen.

Wie der BUND erkenne ich die Möglichkeiten, durch Beratung, argumentative Überzeugung und gute Beispiele, wie Sie sie auch nennen, Industrie und Gewerbe für vorbildliche Energiekonzepte zu gewinnen und Einfluss zu nehmen auf solarenergiefreundliche Bebauungspläne. Die Solarenergie ist – nach dem Aus für die Windkraft und den großen Hindernissen bei der Geothermie - in unserer sonnenreichen Region das Potential, das es weiter auszuschöpfen gilt. Ich finde es äußerst bedauerlich, dass durch eine Rückwärtsbewegung bei der Förderung der Sonnenenergie in den letzten Jahren hier viele Chancen verbaut wurden.

In unserem Landkreis gab es in den letzten Jahren eine gute Entwicklung beim Öffentlichen Nahverkehr. Wir haben - das sage ich auch als Mitglied des Kreistags - mit enormen Anstrengungen die Queichtalstrecke modernisiert, dort einen neuen Bahnhofpunkt in Sarnstall geschaffen und die Bahnhöfe in Rinntal, Siebeldingen/Birkweiler und Albersweiler völlig neu gestaltet. Gerade in Albersweiler ist das auch im Hinblick auf den Busbahnhof in der Wirkung sehr effektiv. Auch die Verbindungen ins Elsass konnten deutlich verbessert werden und in Zusammenarbeit mit dem Zweckverband Schienenpersonen-Nahverkehr sowie als Mitglieder der großen Verkehrsverbände VRN und KVV haben wir viele Vorteile für SÜW und die Südpfalz generieren können.

Leider ist es nicht gelungen, die Elektrifizierung der Bahnstrecke Karlsruhe - Landau - Neustadt weiter voranzutreiben. Diese wäre die zwingende Voraussetzung für eine Ausweitung der S-Bahn in der südpfälzischen Region - sowohl nach Bad Bergzabern als auch in

Richtung Pirmasens. Ohne Elektrifizierung dieser "Stammstrecke" gibt es keine Weiterentwicklung der S-Bahn-Verkehre in unserem Landkreis - leider!

Auf Initiative von Theresia Riedmaier und Alexander Schweitzer und mit starker Unterstützung unseres früheren Ministerpräsidenten Kurt Beck hat die Landesregierung die Elektrifizierung dieser Schienenstrecke KA - LD - NW für den Bundesverkehrswegeplan angemeldet und die Aufnahme in diesen erreichen können. Zu meinem und unserem großen Bedauern ist dieses Projekt aus der Vorhabenliste des BVWP gestrichen worden; es ist stark anzunehmen, dieses geschah unter anderem aufgrund der Interventionen der südpfälzischen CDU. Damit ist auf lange Sicht die Möglichkeit verbaut, S-Bahn-Verkehre in den Landkreis SÜW zu bringen.

Wir haben dennoch gute Chancen, durch die bestehenden und sehr attraktiven Bahnlinien von Neustadt über Edenkoben, Landau nach Karlsruhe, von Winden nach Bad Bergzabern, von Winden nach Wissembourg und durch die ausgebaute Queichtalstrecke den ÖPNV auf der Schiene weiter zu verbessern. Die Fortschreibung des Nahverkehrsplans ist in Vorbereitung - hier kann es weitere Verbesserungen auch der Busverkehre geben. Insbesondere im Raum Herxheim gibt es nachvollziehbare Bedarfe aber auch die Angebote an den Wochenenden und Abenden - insbesondere im Interesse auch der jungen Generation - auszuweiten, ist mir ein Anliegen.

Elektromobilität ist ein weiteres Themenfeld, in dem wir sicher in Übereinstimmung sind. Im Zuge der digitalen Transformation wird das Thema „Mobilität“ sicher völlig neu gedacht und es werden neue, innovative Konzepte realisiert, denen wir aufgeschlossen begegnen müssen. Ich kann mir gerade in diesem Bereich vorstellen, Modellregion eines ländlichen Raums zu werden.

Wie wollen Sie den unhaltbaren Zustand beenden, dass die Bürger im Bereich des Zweckverbandes Abfallbeseitigung Südwestpfalz (ZAS) im landesweiten Vergleich die höchsten Abfallgebühren entrichten müssen?

Die Beteiligung des Landkreises Südliche Weinstrasse am Zweckverband Abfallwirtschaft geht in die frühen 90er Jahre zurück. Schon Landrätin Riedmaier hat bei ihrem Amtsantritt im Jahr 1997 eine schwierige, nicht von ihr zu verantwortende Situation vorgefunden. Die damals geschlossenen Verträge wurden mehrfach dahingehend überprüft, ob sie vorzeitig zu lösen sein könnten. Leider mit negativem Ergebnis. Es bleibt die vertragliche Gebundenheit der südpfälzischen und südwestpfälzischen Gebietskörperschaften im ZAS und an den Betreiber bis zum Jahresende 2023. Danach kann sich eine neue, für uns hoffentlich günstigere Situation ergeben.

Als Mitglied der Verbandsversammlung des ZAS bin ich über die Bemühungen der letzten Jahre informiert, zu einer - wie der BUND es auch fordert - "Rekommunalisierung" zu kommen. Ich werde die Schritte in diese Richtung vorbehaltlos unterstützen.

Ich hoffe, ich konnte Ihnen mit meinen Ausführungen eine Positionsbestimmung geben, wobei - trotz der Ausführlichkeit - noch nicht alle Aspekte abschließend beleuchtet werden konnten.

Ich würde mich freuen, auf eine weiterhin gute und konstruktive Zusammenarbeit mit dem BUND.

Mit freundliche Grüßen

Torsten Blank